



Postulat der SVP-Fraktion

betreffend mehr Transparenz bei steuerbefreiten juristischen Personen zu öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken

(Vorlage Nr. 3974.1 - 18288)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 2. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion hat am 11. August 2025 das Postulat betreffend mehr Transparenz bei steuerbefreiten juristischen Personen zu öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken eingereicht. Der Kantonsrat hat das Postulat am 28. August 2025 an den Regierungsrat zur Antragstellung überwiesen. Wir unterbreiten Ihnen dazu Bericht und Antrag wie folgt:

1. Ausgangslage

Gemäss Art. 56 lit. g des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11) sind juristische Personen, die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, für den Gewinn, der ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet ist, von der Steuerpflicht befreit (Gewinnsteuer; der Bund kennt keine Kapitalsteuer). Das Steuergesetz des Kantons Zug (BGS 632.1) kennt eine sinngemässe Steuerbefreiung in § 57 Bst. g für die Kantons- und Gemeindesteuern (Gewinn- und Kapitalsteuer). Die Steuerbefreiung wird auf Gesuch hin durch die Steuerverwaltung ausgesprochen (§ 153 Steuergesetz). Die nachfolgenden Ausführungen betreffen nur juristische Person mit Sitz in der Schweiz beziehungsweise im Kanton Zug, die wegen öffentlicher oder gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreit sind.

Ist eine juristische Person mit Sitz in der Schweiz wegen öffentlicher oder gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreit, so können Spenderinnen und Spender innerhalb der gesetzlichen Schranken auf freiwilligen Zuwendungen an diese juristische Person den Spendenabzug geltend machen (Art. 33a DBG, Art. 59 Abs. 1 lit. c DBG; § 31 Bst. b Steuergesetz, § 60 Abs. 1 lit. c Steuergesetz). Vermögensübergänge an juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts in der Schweiz, die nach Gesetz von der Steuerpflicht befreit sind, sind zudem von der Zuger Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit (§ 175 Abs. 2 Steuergesetz). In der Praxis geht es in erster Linie um gemeinnützige Zuwendungen, das heisst Zuwendungen an inländische juristische Personen, die wegen gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreit sind.

Auch wenn solche Zuwendungen in aller Regel aus altruistischen Beweggründen getätigt werden, kann sich für potenzielle Spendende als zusätzliches Bewegkriterium auch die Frage nach der steuerlichen Abzugsfähigkeit stellen. Vielfach informieren betroffene juristische Personen, namentlich solche, die öffentlich um Zuwendungen werben, ihre potenziellen Spendenden von sich aus proaktiv über die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen, etwa indem sie auf ihrer Website, in Flyern oder Sammelbriefen et cetera auf ihre Steuerbefreiung und/oder das Ausstellen von Spendenbescheinigungen hinweisen.

Soweit ersichtlich publizieren gegenwärtig rund zwei Drittel der Kantone zudem Listen beziehungsweise Verzeichnisse von juristischen Personen mit Sitz in ihrem Kanton, die wegen

öffentlicher oder gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreit sind. Diese Listen fungieren unter verschiedenen Titeln wie zum Beispiel die Termini «Steuerbefreiung», «Spenden», «Vergabung» und so weiter. Der Kanton Zug publiziert wie andere Kantone auch keine solche Liste.

Vor einigen Jahren wurde zudem auf Bundesebene angestrebt, eine regelmässige Publikation von Daten wegen Gemeinnützigkeit steuerbefreiter juristischer Personen durch das Bundesamt für Statistik vorzusehen (vgl. Pa.Iv. Luginbühl, 14.470: Schweizer Stiftungsstandort. Stärkung). Dies setzte sich jedoch nicht durch.

2. Haltung des Regierungsrats

Der Wunsch nach Transparenz und erleichtertem Zugang zu Informationen über abzugsbegünstigte Institutionen steht in einem gewissen Spannungsfeld zum Datenschutz, gerade auch, wenn es um die weitgehende, allgemeine Publikation von Daten im Internet geht, so wie es die Postulantin mit Verweis auf die Praxis des Kantons Zürich fordert. Namentlich betroffen ist das Amts- und Steuergeheimnis. Hinzu kommt, dass es jeder steuerbefreiten juristischen Person jederzeit offensteht, die Öffentlichkeit selbst über ihre Steuerbefreiung zu informieren. Dies tun nicht wenige der betroffenen Institutionen denn auch.

Der Gesetzgeber hat sich bewusst dafür entschieden, Spenden steuerlich abzugsfähig zu machen und dies mit einer Steuerbefreiung zu verbinden. So soll auch für die Öffentlichkeit sichtbar sein, ob eine juristische Person wegen gemeinnütziger oder öffentlicher Zwecke von Steuern befreit ist.

Dabei ist jedoch auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass nicht alle steuerbefreiten juristischen Personen gleichermassen an einer Publikation ihrer Steuerbefreiung interessiert sind. Zu denken ist etwa an Stiftungen, die weiterhin durch ihre Stifterinnen und Stifter alimentiert werden und gar nicht erst nach zusätzlichen Spendenden suchen, Verbrauchsstiftungen, die ohne weitere Zuflüsse ihr ursprünglich gewidmetes Kapital verzehren und nachher liquidiert werden oder aber auch an kleinere Institutionen mit einem sehr eingeschränkten sachlichen und/oder örtlichen Fokus und limitierten Ressourcen, die ein höheres Ausmass an Unterstützungsgesuchen – wie es sich aus einer gesteigerten Bekanntheit wohl ergäbe – nicht nur finanziell, sondern bereits schon administrativ nicht bewältigen könnten.

Ein interkantonaler Vergleich zeigt, dass schweizweit sehr unterschiedliche Publikationspraxen bestehen. Einige Kantone publizieren wie erwähnt keine Listen. Bei Kantonen, die Listen publizieren, haben sich in den letzten Jahren nicht selten sogenannte opting-out oder opting-in Klauseln etabliert.

Eine opting-out Klausel bedeutet, dass der betroffene Kanton grundsätzlich eine Liste der wegen öffentlicher oder gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreiten juristischen Personen mit Sitz in seinem Kanton publiziert. Die betroffenen juristischen Personen haben jedoch die Möglichkeit, ihren Eintrag auf der publizierten Liste sperren zu lassen, womit sie dann nicht darauf erscheinen. Wer keine Sperrung beantragt, erscheint ohne weiteres Zutun auf der Liste. Beispiele hierfür sind etwa der von der Postulantin als vorbildlich erwähnte Kanton Zürich (§ 171a Steuergesetz-ZH; LS 631.1) sowie die Kantone Bern (Art. 164 Abs. 2 Steuergesetz - BE; BSG 661.11), Fribourg (Art. 140 Abs. 7 Steuergesetz-FR; SGF 631.1) und Graubünden (Art. 78 Abs. 4 Steuergesetz -GR; BR 720.000). Im Kanton Appenzell-Ausserrhodan wird die Einreichung eines Steuerbefreiungsgesuches als implizite Zustimmung zur Publikation auf der

kantonale Liste gesehen, wobei auch hier ein opting-out möglich bleibt (Praxishinweise Abzugsfähige Zuwendungen auf <https://ar.ch>).

Ein umgekehrtes System mit einer opting-in Klausel kennt der Kanton St. Gallen. Auch er publiziert eine Liste der wegen öffentlicher oder gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreiten juristischen Personen mit Sitz in seinem Kanton. Auf diese Liste aufgenommen und damit publiziert werden jedoch nur juristische Personen, die gegenüber dem kantonalen Steueramt ausdrücklich und schriftlich ihren Wunsch und ihr Einverständnis auf eine Publikation erklären (vgl. Steuerbuch St. Gallen, StB 80 Nr. 2 Ziff. 7 [Fassung 1. Juli 2017]). Wer keine Erklärung abgibt, erscheint entsprechend auch nicht auf der Liste.

Daher ist festzustellen, dass auch die Publikation einer Liste den Postulatsanliegen in der Praxis nicht gänzlich Rechnung tragen kann. Ist eine juristische Person auf einer kantonalen Liste aufgeführt, so kann zwar davon ausgegangen werden, dass sie steuerbefreit ist und für den Spendenabzug qualifiziert. Ist sie nicht aufgeführt, heisst dies jedoch noch nicht zwingend, dass sie nicht steuerbefreit ist. Mit anderen Worten erheben die heutzutage publizierten Listen nicht selten keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So gibt es dem Vernehmen nach Kantone, in denen offenbar nur rund die Hälfte der interessierenden steuerbefreiten juristischen Personen auf der publizierten Liste aufgeführt ist.

Das Zuger Steuergesetz kennt keine spezifische Regelung zur Publikation von Daten über steuerbefreite juristische Personen.

Der Regierungsrat konnte sich bereits vor einigen Jahren indirekt zur angesprochenen Thematik äussern. In seiner Vernehmlassungsantwort vom 10. März 2020 zur bereits erwähnten Pa.IV. Luginbühl lehnte er zwar eine regelmässige Publikation von Daten zu steuerbefreiten gemeinnützigen juristischen Personen durch das Bundesamt für Statistik ab. Denkbar wäre für ihn hingegen eine Regelung gewesen, wonach sämtliche Kantone ein Verzeichnis der im eigenen Kanton steuerbefreiten juristischen Personen mit den für die Steuerbefreiung relevanten Daten zu führen und dieses Verzeichnis unter Berücksichtigung der Grundsätze des Datenschutzes (z. B. der Möglichkeit einer Datensperre) auch zu veröffentlichen gehabt hätten, was im Kanton Zug eine Änderung des Steuergesetzes bedingt hätte.

Der Regierungsrat steht unverändert hinter seiner damaligen Aussage. Wie bereits erwähnt steht es jeder steuerbefreiten juristischen Person frei, die Öffentlichkeit von sich aus über ihre Steuerbefreiung zu informieren. Entsprechend besteht für den Regierungsrat keine zwingende Notwendigkeit, von der heutigen Praxis abzuweichen und die Steuerverwaltung eine Liste publizieren zu lassen. Aus diesem Grund beantragt er dem Kantonsrat die Nichterheblicherklärung des Postulats.

Sollte der Kantonsrat das Postulatsanliegen unterstützen und das Postulat erheblich erklären, so wäre aus Sicht des Regierungsrats vorerst eine gesetzliche Grundlage zur Publikation einer Steuerbefreiungsliste zu schaffen. Für ihn stünde deshalb eine opting-out Klausel wie sie etwa die Kantone Zürich, Bern, Fribourg und Graubünden und faktisch auch Appenzell-Ausser Rhoden kennen im Vordergrund (d. h. alle wegen öffentlicher oder gemeinnütziger Zweckverfolgung steuerbefreiten juristischen Personen mit Sitz im Kanton Zug kämen auf die Liste, wobei aber eine Sperrmöglichkeit bestünde).

Dies würde einerseits bedeuten, dass die Steuerverwaltung auf Stufe Steuergesetz eine formalgesetzliche Grundlage zur Publikation einer Liste im Internet erhielte und andererseits den betroffenen Institutionen auch eine datenschutzkonforme Sperrmöglichkeit eingeräumt würde. Eine derartige Klausel würde dem Kantonsrat im Rahmen einer nächsten Revisionsvorlage des

Steuergesetzes oder nötigenfalls einer separaten Vorlage unterbreitet. Die angestrebte Liste würde dann einige Zeit nach Inkrafttreten der Klausel publiziert, damit die heute steuerbefreiten Institutionen ausreichend Zeit zum Entscheid, ob sie auf der Liste publiziert werden wollen, erhielten.

Nicht im Vordergrund stünde für den Regierungsrat jedoch eine opting-in Lösung. Eine solche liesse sich zwar kurzfristiger umsetzen, erhöhte aber den Vollzugsaufwand für die betroffenen Institutionen, ihre Vertreterinnen beziehungsweise Vertreter und die Steuerverwaltung wesentlich, weil jeder massgebliche Eintrag einzeln manuell beantragt und bearbeitet und nicht bloss die zu sperrenden Institutionen speziell bewirtschaftet werden müssten.

3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat der SVP-Fraktion betreffend mehr Transparenz bei steuerbefreiten juristischen Personen zu öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken vom 11. August 2025 (Vorlage Nr. 3974.1 - 18288) nicht erheblich zu erklären.

Zug, 2. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Der Landschreiber: Tobias Moser